

Bericht	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 401 - Allgemeine Dienste
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Uwe Sperling 563 69 07 563 81 34 Uwe.Sperling@stadt.wuppertal.de
	Datum:	24.11.2014
	Drucks.-Nr.:	VO/0865/14 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
09.12.2014	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungssteuerung und Betriebsausschuss WAW	Entgegennahme o. B.
10.12.2014	Hauptausschuss	Entgegennahme o. B.
15.12.2014	Rat der Stadt Wuppertal	Entgegennahme o. B.
Bürgerbeteiligung – bisherige Aktivitäten und zukünftige Initiativen		

Grund der Vorlage

Der Rat der Stadt hat am 24.02.2014 einen Bericht zur Bürgerbeteiligung erhalten und – ergänzt um den Begleitantrag (VO 0171/14) – dem darin vorgeschlagenen weiteren Vorgehen zugestimmt. Dazu erfolgt hiermit ein erneuter Bericht.

Beschlussvorschlag

Der Bericht wird ohne Beschluss entgegen genommen.

Einverständnisse

Entfällt

Unterschrift

Dr. Slawig

Begründung

Die Berichtsvorlage zur Bürgerbeteiligung zur Ratssitzung am 24.02.2014 (VO/0113/14) umfasste

- eine Beschreibung der in Wuppertal bisher durchgeführten Beteiligungen und der dafür eingesetzten Instrumente
- eine Auswertung der im Jahr 2013 durchgeführten Beteiligungsverfahren
- eine Darstellung der Schlüsse, die aus Sicht der Verwaltung aus diesen Verfahren gezogen werden.

Zum weiteren Vorgehen sahen diese Vorlage sowie der gemeinsame Begleitantrag der Fraktionen von CDU und SPD (VO/0171/14) die strukturierte Aufbereitung der in den bisherigen Beteiligungsverfahren gemachten Erfahrungen in Wuppertal und in anderen Kommunen vor.

Diese Aufträge hat die Verwaltung mit folgenden Ergebnissen umgesetzt:

1. Verwaltungsweite Bestandsaufnahme – Anlage 01

Die Ergebnisse der verwaltungsweiten Bestandsaufnahme machen deutlich, dass

- in allen Bereichen der Verwaltung bereits heute umfangreiche Maßnahmen der Bürgerbeteiligung stattfinden
- sich diese Maßnahmen in geringem Umfang als pflichtige (z.B. Planverfahren) und in größerem Umfang als freiwillige Maßnahmen darstellen
- unterschiedlichste Instrumente (Workshops, Diskussionsveranstaltungen, Online-Beteiligungsplattformen, Umfragen, gezielte Anschreiben, Online-Umfragen, Infoblätter, Aushänge u.a.m.) eingesetzt werden
- das Schwergewicht dabei auf Information und Meinungsabfrage liegt
- im Jahre 2013/2014 bei drei Themen (Haushalt, Sperrung B 7, Wuppertal 2025) die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungsprozesse erfolgte.

2. Evaluation von Bürgerbeteiligungen – Anlage 2

Die beiliegende Aufstellung macht für die Themen Haushalt 2014/15, Sperrung der B 7 und Strategie 2025

- die eingesetzten Instrumente,
 - die Art und den Umfang der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und
 - den weiteren Umgang mit den Bürgerbeiträgen
- deutlich.

3. Bürgerbeteiligung in anderen Städten – Anlage 3

Eine Abfrage unter drei Auswahlkommunen

- Solingen – Nachbarstadt aus der Region mit ähnlichen Aufgaben und Problemen
- Heidelberg – Vorreiterkommune mit verbindlichen Regelungen zur Bürgerbeteiligung
- Bonn – vergleichbar große Stadt mit im Jahr 2014 beschlossenen Richtlinien für die Bürgerbeteiligung

ergab die in der Anlage 3 zusammengefassten Ergebnisse.

Darüber hinaus sind von weiteren Kommunen Informationen eingeholt worden, die als Materialsammlung zur Verfügung stehen.

In einem weiteren Schritt sahen die Vorlage der Verwaltung und der Begleitantrag vor, dass in einem offenen Workshop unter externer Moderation die zukünftigen Strukturen und Formen der Bürgerbeteiligung diskutiert werden sollen mit dem Ziel, abschließend ein Gesamtkonzept für die neue (jetzt laufende) Kommunalwahlperiode zu erarbeiten.

Dieses beabsichtigte weitere Vorgehen hat vor dem Hintergrund des gemeinsamen Antrages der Fraktionen von SPD und CDU vom 18.09.2014 zur Neufestlegung der Geschäftsbereiche der Beigeordneten (VO/0614/14) eine neue Grundlage erhalten.

Der Rat der Stadt hat diesen Antrag am 30.09.2014 unter anderem mit der Konsequenz der Einrichtung eines neuen Geschäftsbereiches mit einem Aufgabenschwerpunkt „Bürgerbeteiligung“ beschlossen. Der Ratsbeschluss sieht die Zuordnung dieser Aufgabe mit dem Zeitpunkt des Amtsantritts der/des neuen Beigeordneten vor.

Diesem Aufgabenübergang und der damit verbundenen konzeptionellen Entwicklung der Bürgerbeteiligung sollte nicht vorgegriffen werden, indem dazu jetzt noch offene Workshops organisiert und Strukturen und Konzepte entwickelt werden.

Von daher hält es die Verwaltung für geboten, die ursprünglich beschlossenen weiteren Aktivitäten zunächst zurückzustellen, damit die weitere konzeptionelle Entwicklung und Umsetzung der Bürgerbeteiligung unter Federführung der/des neuen Beigeordneten erfolgen kann. Die oben beschriebenen bisherigen Arbeitsergebnisse bieten eine gute Grundlage für die strategische Ausrichtung der Bürgerbeteiligung unter der neuen Federführung.

Anlagen

Anlage 01 – Bestandsaufnahme der Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung

Anlage 02 – Evaluation der bisherigen Bürgerbeteiligungen

Anlage 03 – Bürgerbeteiligung in anderen Städten